

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Band: 50 (1970-1971)
Heft: 2

Rubrik: Kommentare und Berichte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare und Berichte

DIE NIXON-STRATEGIE

Weltpolitische Grundsatzentscheide für die siebziger Jahre

Die fünf Merkmale der neuen Verteidigungsstrategie

Die Grundzüge von Präsident Nixons nationaler Sicherheitspolitik und -strategie für die siebziger Jahre werden allmählich klar. Schon früh entschloss sich Nixon, von der Konzeption der «flexiblen Vergeltung» abzurücken, denn diese drängte die USA unvermeidlicherweise in die Rolle des Weltpolizisten, der bereit sein musste, gegen jeden Störefried auf dem weiten Erdenrund vorzugehen. Er wünschte die militärischen Verpflichtungen der Vereinigten Staaten abzubauen, dabei aber doch die politischen Interessen des Landes in der Welt entschlossen und tatkräftig zu wahren. Die Politik Kennedys, Johnsons und McNamaras, die das Verteidigungsbudget auf eine Höhe von über achtzig Milliarden Dollar hinaufgetrieben hatte, sollte aufgegeben werden, ebenso Präsident Eisenhowers Konzeption der «massiven Vergeltung» und des «bigger bang for a buck». Dies muss allerdings nicht bedeuten, dass die USA beabsichtigen, sich in den Neo-Isolationismus zurückzuziehen.

Im folgenden seien die wichtigsten Punkte der neuen Verteidigungsstrategie aufgeführt:

1. Der Entschluss, das amerikanische Engagement im Vietnamkrieg so bald als möglich zu beenden: Der Präsident erkannte, dass das amerikanische Volk nicht mehr bereit ist, für einen zweifelhaften Krieg weiterhin dreissig Milliarden Dollar pro Jahr auszugeben und schwere Verluste an Toten und Verwundeten hinzunehmen.

2. Die Ansicht – eher eine Hoffnung als eine Voraussage –, dass eine Periode der Verhandlungen mit den kommunistischen Mächten an die Stelle der bedrohlichen Konfrontation treten werde.

3. Der Verzicht auf das Streben nach nuklearer Überlegenheit und die Suche nach einer realistischeren Entwicklung des rüstungstechnischen Kräfteressens mit der Sowjetunion: Das Ziel besteht in der Aufrechterhaltung einer *hinreichenden* atomaren Vernichtungskapazität.

4. Ein unaufdringliches und zurückhaltendes Auftreten («a low profile and a soft voice») in der Weltpolitik; Verzicht auf die Rolle des Weltpolizisten.

5. Die Aufgabe der als unrealistisch erkannten strategischen Planung der früheren Administration für «zweieinhalb Kriege» zur gleichen Zeit – für einen Krieg in Europa, einen Krieg in Asien und einen Guerillakrieg; Hinnahme der Tatsache, dass die USA nicht mehr als *einen* Krieg zur gleichen Zeit führen können. Dabei käme einem europäischen Konflikt die Priorität zu.

Dorniges Vietnam-Problem

Nixons erstes Ziel ist es, die Wirtschaft der Vereinigten Staaten von der Last des Vietnamkrieges zu befreien. Das auf längere Sicht verfolgte Ziel besteht darin, auf dem Weg sachlicher Verhandlungen mit der Sowjetunion und Rotchina den Weltfrieden zu sichern. Dabei geht Nixon von der Annahme aus, dass alle drei Mächte ein ge-

meinsames Interesse daran haben, eine atomare Katastrophe zu vermeiden. Nixon hofft, die Supermächte könnten sowohl auf einen Nuklearkrieg als auch auf einen grösseren konventionellen Krieg verzichten, weil beide leicht zu einem totalen Krieg führen würden. Für die lokal begrenzten Kleinkriege, die gleichsam im Halbdunkel durchgefochtenen Aufstände und «nationalen Befreiungskriege», schlägt Nixon eine Art «Do it yourself-Rezept» vor. Danach würden die USA Selbsthilfemassnahmen anregen und unterstützen, ohne aber amerikanische Bodentruppen am Kampfgeschehen teilnehmen zu lassen.

Das beherrschende Thema der Politik Präsident Nixons ist die «Guam-Doktrin», deren Auswirkungen weit über Asien hinausreichen. In seiner Botschaft über den Stand der Union vom 22. Januar stellte der Präsident diese Doktrin ausdrücklich in den breitesten geographischen Zusammenhang. Sie soll nicht nur für Asien, sondern auch für Europa, Lateinamerika und Afrika gelten. Die Industrienationen Europas wie auch Japan hätten «ihre wirtschaftliche Stärke wiedergewonnen», und andere Nationen «zeigen ein neues Bewusstsein von Stolz und Würde und sind entschlossen, die Verantwortung für ihre Verteidigung zu tragen... Die Verteidigung und die Entwicklung anderer Nationen kann weder ausschliesslich eine Aufgabe der Vereinigten Staaten sein noch können wir die Hauptverantwortung dafür übernehmen. Die Nationen in allen Teilen der Welt sollten die Verantwortung für ihr eigenes Wohlergehen vorwiegend selber tragen, und sie selbst sollten die Bedingungen für dieses Wohlergehen festlegen... Wir werden unsere vertraglich festgelegten Verpflichtungen loyal erfüllen, aber wir werden unser Engagement für die Angelegenheiten anderer Nationen abbauen».

Die USA würden nicht nochmals für ein anderes Land Krieg führen. «In zwei Kriegen, zuerst in Korea und jetzt in Vietnam, lieferten wir den grössten Teil des Geldes, den grössten Teil der Waffen und den grössten Teil der Soldaten, um anderen

Nationen zu helfen, ihre Freiheit zu verteidigen», versicherte Nixon. Die logische Schlussfolgerung formulierte er nicht ausdrücklich, sie liess sich aber aus seiner Rede klar heraushören: kein weiteres Korea oder Vietnam.

Bereits 1967 erkannte Präsident Nixon die Notwendigkeit einer Änderung der amerikanischen Haltung im Vietnamkrieg und er sah auch den damit verbundenen Konsequenzen für die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten in den siebziger Jahren ganz allgemein ins Auge. Unterstaatssekretär Elliot L. Richardson schrieb in der vom Staatsdepartement veröffentlichten Studie «Ziele und Strategie der amerikanischen Aussenpolitik», Präsident Nixon habe als einer der ersten unter den amerikanischen Führerpersönlichkeiten darauf hingewiesen, dass die Möglichkeiten der USA, kleinere Nationen in ihrem Kampf gegen Aufstände zu unterstützen, begrenzt seien. «Die Erfahrungen im Vietnamkrieg haben gezeigt, welche Schwierigkeiten sich im Zusammenhang mit der amerikanischen Interventionspolitik in Aufstandsbewegungen einstellen», sagt Richardson.

Wie der Vietnamkrieg inzwischen bewiesen hat, kann eine Regierung – selbst mit amerikanischer Hilfe – einen Aufstand nur dann erfolgreich bekämpfen, wenn sie die Unterstützung breiter Kreise des eigenen Volkes geniesst. Und dies wiederum hat gezeigt, wie wichtig es für die betroffenen Regierungen ist, innere Reformprogramme durchzuführen. Nur auf diesem Wege lassen sich die sozialen Missstände beheben, die Aufstandsbewegungen immer wieder neue Nahrung geben. Nach Richardson besteht heute kein Zweifel mehr darüber, dass es nicht Amerikas Aufgabe sein kann, für jemand andern einen Aufstand zu bekämpfen, Amerika könne, sagt er, weder den echten Willen und die Entschlossenheit noch die Tatkraft und die Ausdauer liefern, die nötig sind, wenn diese Art von Krieg mit Aussicht auf Erfolg geführt werden soll. «Der Präsident hat klargestellt, dass angesichts dieser neuen Tatsachen die Art unserer Hilfe für die von

Subversion und Umsturz bedrohten Staaten künftig auf die jeweilige konkrete Situation hin zugeschnitten werden muss. In einigen Fällen mag es bei der Hilfe für wirtschaftliche und politische Entwicklung sein Bewenden haben. In anderen Fällen könnte die Hilfeleistung in der Form militärischer Ausbildung und Ausrüstung erfolgen. Aber die Bekämpfung des Aufstandes im Felde muss die Aufgabe der betroffenen Regierung bleiben. Diese muss sich auf die Unterstützung ihres Volkes, auf die eigenen Ressourcen und die eigenen Truppen verlassen. Eine ausländische Intervention grösseren Massstabs würde die Situation allerdings wieder ändern, und die neue Lage müsste dann unter dem Gesichtspunkt der gesamten Verpflichtungen und Interessen des amerikanischen Volkes geprüft werden.»

Die Guam-Doktrin, wie sie von den hohen Beamten des Verteidigungsministeriums interpretiert wird, gewährleistet folglich:

- einen nuklearen Schutzschild gegen eine unverhüllte und grossangelegte Invasion seitens einer kommunistischen Supermacht;
- militärische Beratung und Ausbildung, wenn die kleineren Staaten darum ersuchen;
- militärische Unterstützung durch Luft- und Seestreitkräfte, sofern der amerikanische Kongress seine Zustimmung erteilt, jedoch nicht den Einsatz von Bodentruppen.

Eine «europäische Guam-Doktrin»

Richardson lieferte auch eine auf die Lage in Europa angewandte Interpretation der Guam-Doktrin. Am 20. Januar sagte er in einer Rede in Chicago, die USA hätten sich verpflichtet, ihre gegenwärtige Truppenstärke von rund 310000 Mann im Lauf des Fiskaljahrs 1971 aufrechtzuerhalten. Während dieser Zeit bedeute die militärische Präsenz der USA «weiterhin einen

sichtbaren Beweis für unser Engagement». Ein plötzlicher Abzug oder eine erhebliche Verminderung der amerikanischen Truppen «hätte auf dem europäischen Schauplatz eine ausgesprochen destabilisierende Wirkung» und würde die Verteidigungskapazität der NATO direkt und indirekt beeinträchtigen. «Ich möchte aber betonen, dass all dies nicht heisst, amerikanische Truppen müssten in der gegenwärtigen Stärke für alle Zeiten in Europa stationiert bleiben», bemerkte er warnend. «Selbstverständlich hoffen wir, dass es uns in der Zukunft möglich sein werde, unsere Rolle entsprechend den jeweiligen neuen Gegebenheiten zu modifizieren.»

Bezeichnenderweise lehnte Richardson die vom früheren Kriegsminister Robert S. McNamara entwickelte Konzeption ab, derzufolge amerikanische Truppen in den USA selbst in Gefechtsbereitschaft gehalten, jedoch im Bedarfsfall auf dem Luft- und Seewege nach Europa gebracht werden sollten, um auf diese Weise die Schlagkraft der NATO rasch zu erhöhen. Wie aus neueren Untersuchungen hervorgehe, erklärte Richardson, stelle ein hastig bewerkstelligter Truppentransport nach Europa im Zeitpunkt einer heraufziehenden Krise ein Verfahren dar, dessen Erfolg durchaus nicht gewiss sei. Ferner fielen die durch die Zurückverlegung der Truppen nach den USA erzielten finanziellen Einsparungen kaum ins Gewicht. (Die Kosten für die Stationierung der amerikanischen Truppen in Europa werden auf zwölf bis fünfzehn Milliarden Dollar pro Jahr geschätzt.)

Immerhin gaben Beamte des Pentagon zu verstehen, dass es schon in diesem Jahr zu einer gewissen Reduktion der Zahl der amerikanischen Kampftruppen in Europa kommen werde. Die viereindrittel Divisionen in Deutschland würden aber davon nicht betroffen. Staatssekretär William P. Rogers bestätigte kürzlich, man werde einige Truppenrückzüge und «Neuanpassungen» der überseeischen Präsenz der USA vornehmen; ein überstürzter Rückzug in den Neo-Isolationismus stehe hingegen nicht bevor.

Langfristige Massnahmen

Um die im Budget vorgesehenen Ziele zu erreichen, legte Präsident Nixon die amerikanische Strategie für die siebziger Jahre neu fest, und zwar aufgrund der, wie der Nationale Sicherheitsrat erklärte, umfassendsten und gründlichsten Überprüfung seit über einem Jahrzehnt. Das Ergebnis der Untersuchungen war das «National Security Study Memorandum No. 3», kurz NSSM-3 genannt. Es handelt sich dabei um eine streng geheime Analyse der verschiedenen strategischen Varianten, ihrer Kosten, ihrer abschätzbaren Risiken und um eine Beurteilung der möglichen Entwicklung der Weltlage.

Für die siebziger Jahre werden offenbar folgende Massnahmen in Aussicht genommen:

- Demobilisierung von nicht weniger als sechs oder mehr Armeedivisionen, einschliesslich den Abzug von mindestens einer Division aus Südkorea und einer oder mehrerer Divisionen aus Europa. Einige Sachverständige behaupten zwar, dass keine Truppen aus Europa abgezogen werden müssten, aber infolge des Druckes einer starken Gruppe im Senat könnte sich doch die Zurückverlegung von mindestens einer Division aufdrängen.
- Beschränkung oder Annullierung grösserer Rüstungsaufträge wie Armeehelikopter, Flugzeuge für die Luftwaffe und die Marine, Bomber und Raketen;
- Reduktion der Anzahl der grossen Flugzeugträger der Marine von bisher fünfzehn auf zwölf Einheiten;
- Reduktion der taktischen Flugzeuge von Marine und Luftwaffe um einen Drittel auf rund dreitausend Maschinen;

- Schliessung einer grossen Zahl überseeischer Stützpunkte;
- Verstärkung des strategischen Atomwaffenpotentials der USA durch den Aufbau des Antiraketensystems «Safeguard» bis 1974/75 und durch die Indienstnahme neuer Mehrfachsprengköpfe bei «Minuteman III» und den Unterseebootraketen vom Typ «Poseidon» in den späten siebziger Jahren.

Präsident Nixon hofft, dass die SALT-Gespräche zu einer Verlangsamung oder zu einem «Einfrieren» des atomaren Rüstungswettlaufs führen. Allerdings betrachtet es Verteidigungsminister Laird als eine feststehende Tatsache, dass die Sowjetunion weder auf ihr Antiraketenprogramm noch auf ihre Mehrfachsprengköpfe verzichten wird. Im günstigsten Falle wird die Politik Präsident Nixons, der Verhandlungen einer Konfrontation vorzieht, zu einer stillschweigend oder schriftlich vereinbarten amerikanisch-sowjetischen Abmachung über die nukleare Parität führen. Auf diese Weise könnten sich beide Mächte auch gegen eine nukleare «Erpressung» seitens Rotchinas schützen.

Sollte sich Nixons Beurteilung der künftigen Entwicklung als richtig erweisen, so mag sich seine unaufdringliche und zurückhaltende Strategie bewähren. Sollte seine Einschätzung sich hingegen als falsch herausstellen, so könnte die erhoffte Phase der Verhandlungen leicht ins Gegenteil, nämlich in eine neue Konfrontationspolitik, umschlagen, und die Welt triebe vielleicht, wie ein Sachverständiger im Pentagon besorgt voraussagt, schneller als man glaubt dem Dritten Weltkrieg entgegen.

Lloyd Norman

TERRORISMUS UND POLITIK

Die Tendenz, den *Individualterror* als Mittel zur Erreichung politischer Ziele einzusetzen, hat in den letzten Wochen eine

erschreckende Steigerung erfahren. Der Zug zur Gewalttätigkeit, der sich in den vergangenen Jahren abzeichnete und sich

zunächst in wilden, ungezügeln Protestdemonstrationen Luft machte, konzentriert sich heute auf bestimmte Personen und Objekte, die der öffentlichen Aufmerksamkeit sicher sind. Zunächst waren es *Flugzeuge*, die unter Drohungen entführt wurden; heute sind es vor allem *Diplomaten*, denen der Status der Immunität einen besonderen Rang verleiht, die gekidnappt werden und als Geiseln dienen, um die Regierungen, bei denen sie akkreditiert sind, zu erpressen. Höhepunkt dieses Terrorismus war der ruchlose Mord am deutschen Botschafter in Guatemala, *Karl Graf von Spreti* – ein durch nichts zu rechtfertigender krimineller Akt, Symptom für den bedenklichen Grad der Verwilderung, der in der innenpolitischen Auseinandersetzung einiger lateinamerikanischer Länder erreicht worden ist.

Kidnapping als Methode

Bei der Entführung Graf Spretis handelt es sich nicht um einen Einzelfall; er gehört in eine Reihe ähnlicher Delikte, die im August 1968 ihren Anfang genommen hat. Damals wurde der amerikanische Botschafter in Guatemala auf offener Strasse niedergeschossen – ein Racheakt für die Ermordung der Gegner des in Guatemala herrschenden Regimes; möglicherweise war bereits dieser Mord die Folge einer missglückten Entführung. Spätere Akte des Kidnapping verliefen im Sinne ihrer Akteure erfolgreicher: so nahmen die sich als «Guerilleros» bezeichnenden links-extremen Opponenten des guatemalteki-schen «Establishment» den Aussenminister *Alberto Fuentes Mohr* und einen Attaché der amerikanischen Botschaft fest und tauschten die beiden Geiseln gegen politische Häftlinge aus.

Das guatemalteki-sche Beispiel machte auch in andern Ländern Schule: so in *Brasilien*, wo es den Linksextremisten durch die Entführung des amerikanischen Botschafters und eines japanischen Konsuls gelang, mehrere Terroristen aus dem Gefängnis zu befreien. Ende März stiess

diese Methode der Gewalttätigkeit erstmals auf entschlossenen Widerstand, als in *Argentinien* die Regierung sich weigerte, den Forderungen der Entführer Folge zu leisten und diese schliesslich klein beigeben. Die Verschleppung Graf Spretis bedeutete so offensichtlich für die meist von Kuba aus ferngesteuerten lateinamerikanischen Rebellen eine Art *Testfall*. Als die Regierung in Guatemala die starke Hand zeigte und von einer Auslösung des Botschafters durch die Freilassung von 22 politischen Häftlingen nichts wissen wollte, glaubten sich die Rebellen ihrerseits verpflichtet, ein blutiges Exempel ihrer Entschlossenheit zu statuieren.

Die Bluttat von Guatemala manifestiert vor allem die *moralische Bedenkenlosigkeit* der für sie Verantwortlichen. Ohne über die Berechtigung dieses gnadenlosen Kampfes der Opposition gegen das herrschende Regime in diesem mittelamerikanischen Land ein Urteil fällen zu wollen, muss doch festgehalten werden, dass die von den Linksextremisten angewendeten Methoden sich in nichts vom *politischen Gangstertum faschistischer Prägung* unterscheiden. Willkürlich werden Unbeteiligte in politische Auseinandersetzungen hineingezerrt, zu Objekten von Erpressungsmanövern erniedrigt und – wie im Fall Spreti – wenn der erstrebte Zweck nicht erreicht wird, kaltblütig physisch liquidiert.

Eine politische Bewegung, die eine solche Taktik für opportun hält und sie schliesslich sogar mit einer systematischen Konsequenz verfolgt, richtet sich selbst. Ihre moralische Legitimation, für eine «bessere Welt» zu kämpfen, für «Frieden», «Freiheit», «Fortschritt» und wie die leicht über die Lippen gehenden Schlagworte alle noch heissen mögen, ist gleich null. Aber selbst aus der reinen Interessenslage heraus ist es schwer einzusehen, welchen Erfolg sich die politischen Bandenführer Guatemalas von ihren Aktionen versprechen. Ihre Methoden sind nicht neu. Schon Ende des letzten Jahrhunderts ist eine Welle des Individualterrors über die Welt hinweggegangen. Sie richtete sich jedoch nicht wie die heutige gegen unbe-

teiligte Aussenstehende, sondern gegen *politisch profilierte Persönlichkeiten*: gekrönte Häupter und Staatschefs wie der amerikanische Präsident McKinley, der französische Präsident Carnot, König Umberto von Italien und Kaiserin Elisabeth von Österreich waren ihre prominentesten Opfer. Abgesehen vom sensationellen Effekt hatte dieser Individualterror praktisch keine politische Wirkung. Auch der revolutionäre Marxismus erkannte damals, dass mit diesen anarchistischen und nihilistischen Methoden die bestehende gesellschaftliche Ordnung nicht zu erschüttern sei.

Die Anschläge gegen die Zivilluftfahrt

Das gleiche gilt für die als revolutionäre Akte drapierten Flugzeugentführungen. Eine der spektakulärsten spielte sich anfangs April ab, als eine Gruppe linksextremer japanischer Studenten ein Flugzeug kaperte, es in einem japanischen Flughafen auftanken liess, dann Kurs auf Nordkorea befahl, aber im südkoreanischen Flughafen Kimpo bei Söul landete, wo den Luftpiraten durch Schaffung einer nordkoreanischen Kulisse eine Falle gestellt wurde; es folgte – als der Trick nicht verfiel – ein tagelanger Nervenkrieg um das Flugzeug, bis schliesslich ein *japanischer Minister* als Geisel an Bord ging und die Passagiere aus ihrer bedrängten Lage befreite. Nachdem das Flugzeug die Studenten nach Nordkorea gebracht hatte, kehrte die Maschine mit dem Minister wieder nach Japan zurück.

Der glückliche Ausgang dieses «Unternehmens», die relativ zivilen Formen, in denen es sich abwickelte, und das Air eines ritterlichen altjapanischen Samurai-Spiels, mit dem manche Kommentare es umgaben, dürfen jedoch nicht vergessen lassen, dass auch hier erneut mit Hilfe *verbrecherischer Methoden* Politik zu machen versucht wurde. Die Revoluzzer und Pseudorevolutionäre aller Schattierungen haben entdeckt, wie verletzlich die Zivilluftfahrt heute ist. In ihrer Ohnmacht gegenüber

einer Ordnung, die mit legalen Mitteln nicht zu zerbrechen ist, stürzt man sich auf deren schwache Stellen. Aber auch hier wird nicht das «Establishment» getroffen, Opfer sind wiederum meist völlig Unschuldige, und die Wirkung ist letztlich wiederum kontraproduktiv: Verbrechen lohnen sich nicht, auch nicht in der Politik.

Terror im Nahen Osten

Eine Welle des Terrors charakterisiert auch die jüngste Entwicklung des Nahostkonfliktes. Während die Aktivität der *Fedayins* in Form von Guerilla-Tätigkeit in den von israelischen Truppen besetzten Gebieten fast ganz aufgehört hat, ist es im Laufe der letzten Wochen vor allem in *Gaza* zu einer Reihe von Attentaten gekommen. Diese richten sich gegen jene Araber, die sich zur Kooperation mit den Israeli bereit zeigen. Es handelt sich dabei nicht um eine politische Zusammenarbeit, sondern um die Beschäftigung von Arabern in israelischen Unternehmungen und Betrieben. Israel sucht die Situation in dem überbevölkerten Gazastreifen dadurch zu entspannen, dass es für die dort lebenden Araber Arbeitsplätze jenseits der alten Demarkationslinie in Israel schafft. Auf arabischer Seite hegt man die Befürchtung, dass dadurch in Gaza allmählich eine *Normalisierung* eintrete, wie sie heute – zumindest äusserlich – in Cisjordanien erreicht worden ist. Um dies zu verhindern, sucht man die arbeitswilligen Araber zu terrorisieren, indem Handgranaten in Gruppen geworfen werden, die zum Abtransport nach den Arbeitsplätzen warten. Besonders im März hat sich eine Serie von Anschlägen ereignet, die zahlreiche Todesopfer forderten, darunter viele Kinder.

Auch wenn man geneigt ist, diese Art von Terror anders zu qualifizieren als Überfälle auf Flugzeuge und Entführungen von Diplomaten, so richtet sich der gegenwärtig von den Anhängern der palästinensischen Befreiungsorganisationen geführte Kleinkrieg doch wiederum zur Hauptsache gegen Unbeteiligte, gegen die Schwächsten unter den Opfern der ge-

spannten Lage im Nahen Osten. Auch hier muss man das erschreckende Phänomen registrieren, dass der direkten Konfrontation mit dem Gegner ausgewichen wird. Der Schlag wird gegen Wehrlose geführt, denen man die eigene Kraft spüren lässt, um der Gegenseite – wenn auch nur auf einem eng begrenzten Gebiet – seine Macht zu demonstrieren.

Alle diese Terrorakte sind geeignet, kurzfristig einige Erfolge zu erzielen. Auf die Dauer werden ihnen jedoch die Wirkung

versagt bleiben – gleichgültig ob es sich um Handgranatenanschläge in Gaza, um individuelle Aktionen gegen Diplomaten in Lateinamerika oder um die weltweite Bedrohung der Zivilluftfahrt handelt. Die Hoffnung, auf diesem Wege einen Umsturz oder auch nur eine Erschütterung der politischen oder gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu erreichen, wird eine Illusion bleiben.

Fabius

PROPAGANDAKOPF PEKING

Informationen über die weltweit tätige chinesische Propaganda

In den vergangenen Jahren hat Rotchina seine Propaganda wesentlich verstärkt und dürfte vielleicht sogar den sowjetischen Propagandaapparat an Umfang und Intensität überrundet haben. Dennoch sind der Aufbau, die ersten Funktionäre und Berater dieser Pekinger Zentrale in der Öffentlichkeit allgemein unbekannt geblieben.

Yao Wen-yuan und seine Vorgänger

Die gesamte Inlands- und Auslandspropaganda des Riesenreichs obliegt fast ausschliesslich der Propaganda-Abteilung der Kommunistischen Partei China (KPCh), die organisatorisch wegen ihrer Wichtigkeit direkt dem Politbüro der KPCh unterstellt ist.

Ihre Führung war seit der Errichtung der Volksrepublik im Oktober 1949 in Händen des 1904 geborenen *Lu Ting-Yi*, der in Schanghai sowie in Moskau studiert und seit den dreissiger Jahren dann ständig kommunistische Propagandaarbeit in der Jugendliga und auch in Armee-Einheiten geleistet hatte. Im April 1959 avancierte der robuste Parteitheoretiker im Regierungsapparat Rotchinas zum Vizeministerpräsidenten und Anfang 1965 ausserdem zum

Kultusminister. Während der Kulturrevolution wurde seine alte Freundschaft zu dem nunmehr als «Volksfeind» entlarvten Pekinger Parteisekretär Peng Tschen zum Verhängnis; Ende 1966 verhafteten ihn die «Roten Garden»¹.

Knapp einen Monat später ereilte das gleiche Schicksal seinen Stellvertreter *Tschou Yang*. Dieser hatte früher in Schanghai und in Tokio studiert und sich bald linksorientierten Schriftstellern angeschlossen. Nach dem offenen Ausbruch der Differenzen zwischen Peking und Moskau trat er mit grossem Nachdruck für den Aufbau von chinesischorientierten kommunistischen Splittergruppen in der Welt ein und gab noch im Spätherbst 1965 das Signal für den radikalen Kultur-Kurs Pekings. Im Juli 1966 aber begann eine Pressekampagne gegen ihn mit dem Vorwurf, er sei ein «Vertreter der bourgeoisen, revisionistischen Schwarzen Linie in der Literatur»; nach einer Meldung von Anfang 1967, er habe in Rotchina einen Umsturz vorbereitet, verschwand Tschou völlig².

Zum neuen Leiter der Propaganda-Abteilung war bereits im Sommer 1966 der sechzigjährige *Tao Tschu* ernannt worden, der sich schon 1930 an kommunistischen Aufständen beteiligt und 1949 bis 1950 in

den Politischen Abteilungen verschiedener Militärregionen wichtige Funktionen innegehabt hatte. Sieben Jahre später erhielt er die sehr einflussreiche Position des KPCh-Sekretärs für das gesamte zentrale Südchina und wurde bald danach im Regierungsapparat einer der Vizeministerpräsidenten seines Landes. Die Kulturrevolution liess ihn zum Mitglied des «Ständigen Komitees des Politbüros», zum Sekretär des Zentralkomitees sowie auch zum Ersten Berater der «Kulturrevolutions-Kommission» avancieren. Schliesslich rangierte er sogar an vierter Stelle der rotchinesischen Parteihierarchie – um allerdings Anfang 1967 als «konterrevolutionärer Doppelzüngler» ebenso schnell und tief wieder zu fallen³.

Sein Nachfolger wurde im Februar 1967 *Wang Li*. Er hatte von 1924 bis 1931 in Lyon studiert und auch promoviert und während der ersten Jahre der Volksrepublik an mehreren chinesischen Universitäten doziert. Vor seiner jetzigen Ernennung arbeitete er als Chefredaktor des KPCh-Organs «Jen-min Jih-pao». Im Juli 1967 verprügelten ihn erbitterte Arbeiter in Wuhan; Tschou En-lai konnte nur mit Mühe seine Freilassung aushandeln. Bei seiner Rückkehr nach Peking wurde Wang noch als «Held» gefeiert; kaum drei Monate später las er auf den Maueranschlägen die Anklage, ein «Spion Tschiang Kaischeks» zu sein. Offiziell versties man ihn aber erst Mitte Februar 1968, nunmehr allerdings wegen «geheimer Gespräche mit Peng Tschen»⁴.

Faktisch hatte sein Amt schon längere Zeit vorher *Yao Wen-yuan* übernommen. Der heute etwa Dreiundvierzigjährige entstammt einer intellektuellen Familie und studierte wahrscheinlich auch einige Jahre an der Universität Schanghai. 1951 trat er als Mitglied des Schanghai Jugendkomitees erstmals in der Öffentlichkeit auf; er war damals Mitarbeiter der Literatur- und Kunstzeitung «Wen-i Pao», deren Herausgeber er 1955 wurde. Seit 1960 erreichte Yao dann mehrfach ein gewisses Aufsehen durch seine Artikel gegen Schriftsteller, die die Ansichten Mao Tse-tungs

nicht befolgten, und er stieg allmählich zum Direktor der Propaganda-Abteilung der Schanghaier Parteileitung sowie zum Chefredaktor der dortigen Parteizeitung auf. Bis zur Kulturrevolution hatte er nur an der 198. Stelle der Parteihierarchie gestanden; nunmehr rückte er – nicht zuletzt dank der Hilfe Tschiang Tschings (der Frau Mao Tse-tungs), deren Kunstrichtung er in den letzten Jahren stark propagierte – als Mitglied der «Zentralen Kulturrevolutionären Gruppe» auf den vierten Platz vor. Inzwischen ist er freilich wieder etwas zurückgefallen, doch scheint sein faktischer Einfluss unverändert stark zu sein. Die ständigen Behauptungen Moskaus, Yao sei ein Schwiegersohn Mao Tse-tungs, sind nicht erwiesen. Weitaus wichtiger ist zudem, dass er nach wie vor dessen volles Vertrauen geniessen dürfte. Von der Welt ausserhalb des Bambusvorhangs kennt der Propaganda-Leiter Rotchinas indessen nur Albanien⁵.

Sektion Westeuropa

Der Spitze der Propaganda-Abteilung sind die einzelnen Sektionen für das Ausland unterstellt. Während der Kulturrevolution erlebten sie ähnliche «Parteisäuberungen» – nur die Sektion für Westeuropa blieb aus unbekanntem Gründen unangestastet.

Hierbei kann die KPCh auf eine lange Tradition zurückblicken: Kurz nach dem Ersten Weltkrieg kamen mit Hilfe der Komintern etliche chinesische «Arbeiter-Studenten» nach Frankreich. Einige von ihnen gründeten – zunächst innerhalb der KPF – eine eigene Abteilung «China», an deren Spitze *Tschou En-lai* stand. Eine ähnliche Gruppe bildete sich später in Brüssel unter dem heutigen rotchinesischen Marschall und Atomwissenschaftler *Nieh Jung-tschen*. In Berlin entstand damals ebenfalls ein chinesischkommunistischer Kreis, der 1922 von dem jetzigen Marschall *Tschu-Te* angeführt wurde; Tschou En-lai verfügte damals in der Kantstrasse Berlins über ein heimliches Büro, das die illegalen

Reisen der chinesischen Kommunisten in Westeuropa und nach Sowjetrußland dirigierte⁶.

Aus diesen Zeiten besteht zumindest teilweise auch noch der heutige Apparat der Sektion Westeuropa: Der geistige Kopf der Pekinger Propaganda für das französisch-belgische Gebiet in Europa ist *Tschen Yi*. Als Sohn eines Beamten 1901 geboren, kam er ebenfalls 1919 nach Frankreich, verdiente sein Studium als Eisenarbeiter und führte zwei Jahre später die aufrührerischen chinesischen Studenten gegen die China-Botschaft in Paris. Bei seiner Rückkehr nach China trat er offiziell der KPCh bei, in deren Zentralkomitee er schliesslich am Ende des Zweiten Weltkrieges aufrücken konnte; 1954 wurde er zum Vizeministerpräsidenten, 1955 zum Marschall und 1958 auch zum Aussenminister ernannt. Zwar war auch er in den Tagen der Kulturrevolution mehrfach Kritik ausgesetzt, doch konnte er – wohl dank seiner alten Freundschaft zu Tschou En-lai – seine Position halten⁷.

Für Grossbritannien (und wahrscheinlich auch für Nordeuropa) zuständig ist der heute dreiundsechzigjährige *Wang Tschia-hsiang*, der in der Sowjetunion studierte und während des chinesischen Bürgerkrieges die Führung der Propaganda-Abteilung des KPCh-Zentralkomitees innehatte. Später, von 1949 bis 1951, war er Botschafter in Moskau, und drei Jahre danach nahm er an der Genfer Konferenz teil. Von England indessen hat er nur gewisse Eindrücke aus dem Jahre 1959, als er die KPCh-Delegation zum Parteitag der britischen KP leitete⁸.

Die Arbeit der Propaganda-Abteilung für den deutschsprachigen Raum Europas obliegt dem 1906 geborenen *Wang Pingnan*, der zugleich stellvertretender Aussenminister der Volksrepublik ist. Als Sohn eines reichen Landlords wurde er persönlicher Referent des Generals Yang Hutscheng und von diesem Anfang der zwanziger Jahre auf die Universität Berlin geschickt. Hier schloss er sich dem Kommunismus an und war 1925 bereits der Anführer der chinesischen Studenten in

Deutschland. Offiziell galt er noch lange als Student der Hochschule für Politik, «doch bestand seine eigentliche Aufgabe darin, chinesische Studenten in Deutschland und anderen europäischen Ländern zu organisieren... Diese Aufgabe war ihm von der Kommunistischen Partei China gestellt worden»⁹. Kurz nach 1933 sollte er von der Gestapo verhaftet werden, konnte aber mit seiner deutschen Lebensgefährtin vorher entfliehen. Später war Wang in der Auslandspropaganda und dann auch in der auswärtigen Politik Rotchinas tätig; 1955 wurde er zum Botschafter seines Landes in Warschau berufen und knüpfte sehr bald wieder Kontakte zu Peking-Freunden in Deutschland an.

Experten und Übersetzer

Zu diesen Unterabteilungen für die einzelnen westeuropäischen Bereiche gehören auch die die Sektionsleiter beratenden Experten für die jeweiligen Länder und die ihnen wiederum nachgeordneten Übersetzer; diese sind jedoch keine Chinesen, sondern stammen jeweils aus dem betreffenden Lande selbst. Im Jahr 1962 umfasste die Propaganda-Abteilung rund 2000 Beschäftigte, von denen rund 100 Ausländer waren. Während des Sommers 1965 stieg diese Zahl auf 586, fiel aber bis zum Juni 1968 auf etwa 150 zurück; inzwischen dürfte sie wieder wesentlich grösser geworden sein¹⁰.

Manche dieser Kräfte kamen – damals im Zeichen der «ewigen Freundschaft» zwischen Moskau und Peking – von den verschiedenen kommunistischen Parteien Westeuropas. Viele gingen nach 1949 aus sozialistischer Schwärmerei, vielleicht auch aus politischer Naivität. In überwiegenden Fällen wird ein Ausländer zunächst Sprachlehrer in Peking oder Schanghai, bei «politischer Bewährung» nach ein bis zwei Jahren Dolmetscher oder auch Lektor bei der Auslandpropaganda und vielleicht später sogar Experte für sein Land. Vor der Kulturrevolution erhielt ein Sprachlehrer monatlich bis zu 600 Yuan – Über-

setzer bis zu 1000¹¹ – und konnte kostenlos im Ausländerhotel «You-Yi-Peng-Gwan» (Peking, Postfach 300) wohnen. Die Experten bezogen häufig Gehälter in der Höhe eines Ministers der Pekinger Zentralregierung; sie durften westliche Luxuswaren in Spezialgeschäften kaufen, ihnen standen Villen und nicht selten sogar mehrere Diener zur Verfügung. Während der Kulturrevolution aber wurden etliche dieser Westeuropäer verhaftet; einigen entzog man den Pass – andere wiederum sind chinesische Staatsangehörige geworden. Viele Europäer kehrten nach Ablauf ihres Arbeitsvertrags enttäuscht zurück; das französische Ehepaar *Marsouin* und die Engländerin *Diana Lary* sind stellvertretend für andere. Der deutsche Sprachlehrer *Kurt Bewersdorff* steht seit einem Jahr unter Hausarrest in Schanghai. Der Westberliner Student *Jerg Haas*, der an der dortigen Fremdsprachenschule dozierte, kam hingegen begeistert zurück; er hatte sich seinerzeit direkt an Tschou En-lai gewandt und war dann mit Hilfe der rotchinesischen Botschaft in Bern nach Peking geflogen.

Der führende Experte gerade auch für Europa war jahrelang *Sidney Rittenberg*. Der Sohn eines strengen USA-Methodisten aus Charleston überwachte 1945 die UNNRA-Lieferungen in Schanghai und lief dann zu den Kommunisten über. Trotz seiner engen Verbindungen zu Mao Tse-tung wurde er im Frühling 1968 verhaftet. Lange Jahre stand ihm *Israel Epstein* aus New York zur Seite, der einstige UP-Korrespondent in der chinesischen Kriegshauptstadt Tschungking. Noch im Februar 1968 veröffentlichte er in einer prochinesisch-kommunistischen Studentenzeitung in Paris eine Artikelserie «Die grosse Demokratie – China ist das freieste Land der Welt»; im März jedoch wurde er zusammen mit seiner Frau Fairfax-Cholmondey – die Tochter eines reichen Yorkshire-Grundbesitzers – verhaftet. Von Pekinger Sicherheitsorganen wurde auch *Michael Shapiro* abgeführt, einst ein fanatisch-kommunistisches Gemeinderatsmitglied in Stepney (London). Es verschwanden

ebenfalls die Übersetzerin *Gladys Yang* sowie das Ehepaar *Eric* und *Marie Gordon* mit ihrem zwölfjährigen Sohn Kim; alle Bittbriefe der Londoner Angehörigen blieben bisher ohne Echo. Heute besteht die englische Rest-Gruppe in der rotchinesischen Hauptstadt aus *Patricia Davies* und *Joshua Horn* mit seiner Frau Miriam; die wichtigste von allen dürfte *Rose Smith* sein, die der englischen KP seit 1920 angehört und jetzt an der für das Ausland bestimmten Wochenzeitung «Peking Review» arbeitet¹².

Chefredaktor der französischen Ausgabe war lange Zeit der Chinese *Fan Kam*. In den Tagen der Kulturrevolution wurde er gestürzt – genau so wie die Direktorin *Tseou Ming-yi* und die assistierende einstige Auslandskorrespondentin *Wan Yi*. Diese «Pékin information» redigierte sehr lange der Franzose *Maurice Ciantar*. Während seines Aufenthaltes schrieb er aus unmittelbarem Erleben heimlich ein Buch über die Kulturrevolution, das – zehnteilweise – auf abenteuerlichen Wegen aus Rotchina herausgeschmuggelt wurde; 1968 kehrte Ciantar recht deprimiert an die heimatische Seine zurück. Gegenwärtig fungiert als Experte und Dolmetscher für Frankreich noch *Hubert Chanal*. Seine belgischen Kollegen sind *Lucien Pary* und *Arllette Beaufort*; ihr Landsmann *Serge Pairoux* ist inzwischen wieder in Brüssel und wurde dort kürzlich Generalsekretär der «Belgisch-chinesischen Freundschaftsgesellschaft».

Die deutschsprachige Gruppe

Die kleinen chinesischkommunistischen, anti-sowjetischkommunistischen Propagandaheftchen werden im «Verlag für fremdsprachige Literatur», Peking 37, Baiwandschuang gedruckt und dann von «Guozi Shudian» («Internationale Buchhandlung») im Pekinger Stadtteil Sidan Dalou über Postfach 399 in alle Welt verschickt. Der Leiter der Versandabteilung für Westeuropa heisst *Li Zhi-ou*, der Anfang 1966 Li Li-hsing ablöste. Die in flüs-

sigem Deutsch abgefassten Heftchen kamen in den ersten Jahren aus der Feder von *Senta Lewin* und *Rotraut Meissner*. Als Korrektor war damals auch der westdeutsche Journalist *Ernst Zorer* tätig. Seit der Kulturrevolution ist aber mehr Frau *Lisa Niebank* hervorgetreten; diese frühere Studienrätin aus Hamburg fuhr 1965 nach Rotchina, gab zunächst Deutschunterricht am 2. Fremdspracheninstitut in Peking und arbeitet seit Herbst 1967 in jenem Fremdsprachen-Verlag für die Propaganda-Schriften¹³.

Der chinesische Abteilungsleiter der deutschsprachigen «Peking-Rundschau» ist *Tschü*, dem die Chinesin *Kuo Shu* und der ebenfalls noch junge *Schung* zur Seite stehen. Die Auslieferung, die über das Pekinger Schliessfach Nr. 2/939 erfolgt, liegt bei Tschou Pao-li. Übersetzt ins Deutsche wird das Blatt von dem früheren Pater und Dozenten an der Pekinger Fujen-Universität *Huengsberg*. Ihm hilft «Dr. *Ma Hai-teh*»; hinter diesem Namen verbirgt sich der 59 Jahre alte amerikanische Venerologe Dr. *George Hatem*, der sich 1936 Mao anschloss. Er redigiert auch die «Letter of China», welche die amerikanische Schriftstellerin *Anna Louise Strong* in dem zweistöckigen Haus in Peking, Tai

Chi Chang Nr.1 (im ehemaligen Gesandtschaftsviertel), veröffentlicht. Die deutschsprachige Ausgabe dieser Flugzeitung bearbeitet die gebürtige Wienerin Dr. *Ruth Weiss*, die in Peking 28, Tschohungdschuang, auch die grossformatige Illustrierte «China im Bild» in die deutsche Sprache übersetzt. Nach Rotchina ging ebenfalls *Karl Sacher*, einst Redaktor am KPÖ-Zentralorgan und später Vertreter der österreichischen Kommunisten in der Redaktion der internationalen Zeitschrift «Probleme des Friedens und des Sozialismus» in Prag.

Der Schweizer Dr. *Jean Moser* aus Riehen war zwei Jahre bei der «Kommission zur Übersetzung der Werke Mao Tse-tungs» tätig, die insbesondere an dem kleinen roten Zitaten-Büchlein arbeitete. Der Tessiner Journalist *Fredy Knuchel* ging Ende 1965 als Sprachlehrer nach Peking; er wurde längere Zeit in der Redaktion der «Peking-Rundschau» eingesetzt. Als er mit einer dort geheirateten chinesischen Ärztin ausreisen wollte, wurden sie zwei Jahre in Hausarrest gehalten. Erst Ende Oktober 1969 konnten beide das Land verlassen...¹⁴.

Friedrich W. Schlomann

¹ «Who's who in Communist China», Hongkong, 1966, S. 432. – ² «Peking-Rundschau», 1966, Nr. 31, S. 31 und Nr. 34, S. 28ff; «Jen-min Jih-pao», Peking, 3.1.1967. – ³ «Who's who», a.a.O., S. 541; «Peking-Rundschau», 1967, Nr. 38, S. 7, und Nr. 39, S. 5 sowie 17. – ⁴ Tschung Hua Min Kuo Tschü Guan Si Jen Diu Suo, «Tschung Gung Jen Ming Lu», Taipeh 1967, S. 10; «Hung Tien Hsün», Kanton 1968, Nr. 2. – ⁵ Ting Wang in «Current Scene» (Hongkong) 1969, Nr. 14; «Newsweek», 14.10.1968, S. 30. – ⁶ Lee Huang in «Ming Pao Monthly» (Hongkong) 1969, Nr. 11, S. 15ff. – ⁷ «Who's who» a.a.O., S. 87ff. – ⁸ Ebenda S. 597. – ⁹ So Anna Wang, «Ich kämpfte für Mao», Hamburg 1964, S. 13; Tschiang Kai-schek, «Sowjetrussland in

China», Bonn 1957, S. 99; «Who's who», a.a.O., S. 611f. – ¹⁰ Morris R. Wills und I. Robert Moskin in «Look», New York, 22.2.1966; Maurice Ciantar, «1000 Tage Peking», Frankfurt-Berlin 1970. – ¹¹ Ein Bauer in Rotchina verdient vergleichsweise 10 bis 32 Yuan monatlich. Ein Yuan entspricht etwa 1,50 bis 1,75 Schweizer Franken. – ¹² «Newsweek» 20.5.1968, S. 31f.; «Servir le peuple», Paris 1968, Nr. 15, S. 14 und Nr. 16, S. 14f.; «The Star» (Hongkong) 30.3.1968. – ¹³ «Neue Politik» (Hamburg) 1966, Nr. 1–2, S. 7, und 1967, Nr.46, S. 13ff.; «Rotter Morgen» (Hamburg), Juni 1968, S. 10ff. – ¹⁴ «Zeitdienst» (Zürich) 1968, Nr. 13, S. 78; «Sie und Er» (Zürich) 1969, Nr. 45, S. 26ff.

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Herr Biedermann und die Fremdarbeiter

Unser Land ist gegenwärtig Schauplatz eines merkwürdigen, in mancher Hinsicht

einmaligen Abstimmungskampfes. Die «Überfremdungsinitiative» wird in der Öffentlichkeit praktisch von einem einzigen Mann verfochten: von Nationalrat Dr.

James Schwarzenbach. Selbst Abkömmling einer erfolgreichen Industriellenfamilie und mit einer andern, nicht minder erfolgreichen Industriellendynastie verschwägert, von beiden Seiten aber längst «ausbezahlt», hat dieser streitbare Einzelgänger eine Aktion in Gang gebracht, welche sämtliche Wirtschaftsgruppen der Schweiz in ganz ausserordentlichem Masse beschäftigt und uns auch im Ausland zu nicht gerade schmeichelhaften Schlagzeilen verhilft.

Ihm steht nach aller Voraussicht das geschlossene politische und wirtschaftliche «Establishment» gegenüber. Nachdem Schwarzenbach in der Bundesversammlung keinerlei Schützenhilfe erhalten hatte, ist kaum anzunehmen, dass sich irgendeine politische Partei oder wirtschaftliche Organisation bereitfinden wird, die Ja-Parole herauszugeben. Auch die verantwortlichen Führungsgremien der Gewerkschaften lassen hier nicht mit sich rechten. Sie wissen genau um die weittragenden Konsequenzen, welche eine Annahme der Initiative haben müsste, und setzen sich in der Gegenkampagne entsprechend energisch ein.

Trotz dieser optisch eindeutigen Gewichtsverteilung kommen sich indessen Politiker und Wirtschaftsführer vor wie der legendäre Reiter auf dem Bodensee: Der Boden der Abwehrfront ist von trügerischer Festigkeit. Nationalrat Schwarzenbach kann auf ein unterschwelliges Malaise bauen, das auch in sogenannt gehobene Schichten hineinreicht. Das geht so weit, dass er entgegen allen Erwartungen nicht einmal den Polemiker und Demagogen offen herauszukehren braucht. An den öffentlichen Veranstaltungen, die er Tag für Tag in der Pose des einsamen Davids zu bewältigen hat, da sich aus den Reihen seiner Aktionsgemeinschaft sonst niemand für den öffentlichen Dialog zu eignen scheint, tritt Schwarzenbach in der Attitüde des schlichten, treuherzig besorgten Biedermanns auf, der auf alles eine korrekt klingende Antwort weiss.

Das ist eine Taktik von bemerkenswerter Wirkung. Sie geht von der – richtigen – Annahme aus, dass die emotionale Basis

bereits vorhanden ist, dass sie also nicht noch künstlich geschürt werden muss. Sie mottet sozusagen selbsttätig weiter und wird sich am Abstimmungstag ohnehin in Tausenden von Ja-Stimmen manifestieren. Für Schwarzenbach ergibt sich damit die Möglichkeit, sich in der Pose des redlichen Mahners vor allem auf jene Schichten zu konzentrieren, die sich ihre Meinung nicht nur durch Emotionen, sondern in erster Linie durch Argumente formen lassen.

Offene Fragen

Schaut man allerdings genauer hin, dann entpuppt sich der treuherzige Biedermann als sehr zielbewusster politischer Brandstifter. Seine Antworten zielen vielfach haarscharf an den eigentlichen Problemen vorbei, und zwar mit einer Raffinesse, die oft nur vom genauen Kenner der Materie auf Anhieb durchschaut zu werden vermag. Als Beispiel sei hier angeführt, wie Nationalrat Schwarzenbach die Frage nach dem Flüchtlingsproblem zu parieren pflegt.

Wenn die Initiative angenommen würde, so wäre der Bund gezwungen, einen grossen Zustrom von Flüchtlingen, wie er in der tschechoslowakischen Krise eintrat, entweder an der Grenze aufzuhalten oder ihn durch die Ausweisung einer entsprechenden Zahl von Fremdarbeitern auszugleichen. Das ist der Sachverhalt. Schwarzenbach aber geht bei dieser Frage jeweils sofort in die Konterattacke: Viele der Tschechen seien gar keine echten politischen Flüchtlinge gewesen, sondern hätten einfach die Gelegenheit benutzt, um im Westen mehr zu verdienen; und die schweizerische Industrie habe die Lage ausgenützt, indem sie Werber in die Flüchtlingslager geschickt hätte. Das ist ein recht wirkungsvolles Ablenkungsmanöver, das aber die grundsätzliche Frage der Flüchtlinge völlig offen lässt.

Offen lässt Schwarzenbach aber auch das Problem der Saisonarbeiter. Genau besehen bietet eine Regelung gemäss

Initiativtext die Möglichkeit, die Lücken, die durch den Abbau der Aufenthaltserlaubnisse entstehen, einfach durch Saisonarbeiter aufzufüllen. Anscheinend möchte Schwarzenbach letzten Endes den Fünfer und das Weggli. Er möchte die italienischen und spanischen *Familien* draussen haben, dabei aber die Möglichkeit offen halten, die Fremdarbeiter selbst trotzdem voll auszunützen. Der Biedermann ist also auch noch ein harter Rechner, der den humanitären Ruf der Schweiz ohne Zaudern aufs Spiel setzt, wenn nur sein Kalkül aufgeht – ein Kalkül, in dem sich russische Vorstellungen sattsam bekannter Art seltsam mit reinen Nützlichkeitsbetrachtungen verweben haben.

In der ganzen Angelegenheit spielt natürlich auch die Politik des Bundesrates eine wesentliche Rolle. Seine im März veröffentlichten Beschlüsse haben sicherlich den erhofften Eindruck nicht verfehlt: Das Problem der Überfremdung ist damit energisch, wenn auch wesentlich differenzierter als mit der Initiative, angegangen worden. Für den Kanton Zürich zum Beispiel ergibt sich folgendes Bild: Bisher wurden hier jährlich rund 18000 Gesuche registriert, für welche die neuen Begrenzungsmassnahmen in Frage kommen. Dieser Nachfrage steht nun ein Kontingent von 5772 Arbeitskräften für Ausnahmegewilligungen gegenüber, so dass wohl nur jedes dritte Gesuch Aussicht auf positiven Bescheid hat. Dabei ist erst noch zu bedenken, dass davon bis zum Oktober dieses Jahres nur die Hälfte freigegeben werden kann.

Eine Rarität: Streik

Der Berichtsmonat wies eine arbeitsmarktpolitische Rarität auf: In Genf kam es zu einem Streik. 200 spanische Bauarbeiter lehnten sich vor allem gegen offensichtlich ungenügende Unterkunftsverhältnisse auf. Die Arbeitsniederlegung fand schliesslich ihr friedliches Ende, nachdem sich der Arbeitgeber zu Zugeständnissen bequemt hatte. Bis zu sieben Betten in einem Barackenzimmer, zwei Duschen für 80 Personen

– das waren in der Tat Zustände, die unserer «Wohlstandsgesellschaft» nicht gerade zur Ehre gereichten. Der Streik bildete ein Warnzeichen, das sicherlich auch andernorts verstanden wurde.

Wir hatten bisher in unserem Land das Glück, dass Arbeitsniederlegungen die grosse Ausnahme bildeten. Das wird nur dann weiterhin so bleiben, wenn sich die Unternehmer gerade auch den Fremdarbeitern gegenüber ihrer Arbeitgeberpflichten bewusst bleiben und für korrekte Lebensbedingungen besorgt sind. Auch das ist übrigens eine Perspektive, die Herr Schwarzenbach bedenken sollte: Die Barackenlager der «Saisonniers», die er in grösseren Scharen ins Land bringen möchte, könnten zu einer Brutstätte sozialpolitischer Unruhen werden und damit gerade das bewirken, was er mit seiner Initiative einzudämmen behauptet: die «Politisierung» der Ausländer in unserer Wirtschaft.

Weiterer Vormarsch des Frauenstimmrechts

Das Frauenstimmrecht hat eine weitere Hürde bewältigt und den Kanton Wallis mit einem geradezu brillanten Abstimmungsergebnis «erobert». Den 26000 Ja standen nur 10000 Nein gegenüber. Auch das deutschsprachige Oberwallis, das sonst nicht immer gleich reagiert wie der welsche Teil, wies eine annehmende Mehrheit auf. Damit haben nun sämtliche französischsprachigen Schweizerfrauen das Stimm- und Wahlrecht. An dem gleichen zweiten Aprilwochenende entschieden sich übrigens auch weitere Gemeinden in Obwalden und Graubünden – hier vor allem die Landschaft Davos – für die Einführung in kommunalen Angelegenheiten.

Trotz diesen Indizien für einen deutlich spürbaren positiven Trend erscheint es indessen immer noch als fraglich, ob die neue eidgenössische Vorlage, über die im Frühling 1971 abgestimmt werden soll, wirklich reelle Erfolgsaussichten habe. Vermutlich wird es vorerst noch weiterer Durchbrüche auf kantonaler Ebene bedür-

fen, bis die Einführung auf Bundesebene Wirklichkeit werden kann. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Meldung aus dem Kanton Aargau, wo ursprünglich eine verbindliche Abstimmung der Frauen selbst in die Wege geleitet werden sollte. Das Vorhaben ist vom Regierungsrat sinstiert worden, obwohl es das Parlament in erster Lesung bereits passiert hatte. Es soll nun eine «normale» Frauenstimmrechtsvorlage zur Abstimmung gelangen.

Bauernsorgen

Die Bauernstirnen haben Sorgenfurchen. Zunächst einmal hat der Wettergott ausserordentliche Schwierigkeiten bereit gehalten. Die angestrebte Verlagerung von der Milchwirtschaft zum Ackerbau, die durch Anbauprämien im Futtergetreidesektor gefördert wird, ist durch die schlechten klimatischen Bedingungen und namentlich durch die grosse Verspätung des Frühlings stark gedämpft worden.

Die Sorgenfalten sind sodann durch die Aussicht bedingt, einmal mehr einen Kampf um verbesserte Einnahmen führen zu müssen. Agrarpreise sind hierzulande in ganz besonderem Masse politische Preise. Während heutzutage in anderen Sektoren Lohn-erhöhungen kaum noch politische Wellen werfen, geraten die Bauern regelmässig in scharfes Kreuzfeuer, wenn sie ihrerseits nachziehen wollen. Gegenwärtig stehen dabei vor allem zwei Massnahmen im Vordergrund. Einerseits soll das Einkommen durch Produktionsvermehrung im Milchsektor erhöht werden. Es wird eine

Ausdehnung der Milchproduktion von 25 auf 26 Millionen Zentner diskutiert. Damit würde der Konsument nicht belastet. Hingegen würde sich für die Bundeskasse das Risiko erhöhen, an die Milchrechnung Zuschüsse leisten zu müssen. Andererseits wird eine weitere Preiserhöhung für das Schlachtvieh angestrebt.

Die Anliegen werden gegenwärtig geprüft, das heisst vor allem: durch das Vernehmlassungsverfahren geschleust. Aus dem Bundeshaus war in diesem Zusammenhang zu hören, dass die Landesregierung für die Sorgen der Landwirtschaft Verständnis habe. Das wird jedoch nichts an der Tatsache ändern, dass das Problem auch allgemeine finanz- und konjunkturpolitische Perspektiven aufweist, die wohl noch einiges zu reden geben werden. Die Bauernschaft wird sich damit einmal mehr unverschuldet auf das «Schandbänklein» gesetzt fühlen. Denn dass hier ein gordischer Knoten vorliegt, den die Bauern längst nicht mehr aus eigener Kraft zu lösen vermögen, sollte doch wohl inzwischen allen Einsichtigen klar geworden sein. Unsere Landwirtschaft steht in einem Koordinatensystem, das sie bei weitem nicht mehr zu kontrollieren vermag. Ihre Erhaltung bedingt einen Preis, den die Gesamtwirtschaft aufzubringen hat. Wenn aber die Notwendigkeit dieser Erhaltung aus staatspolitischen Gründen prinzipiell unbestritten ist, so sollte man das Lamentieren über diesen Preis nicht einfach aus lauter Gewohnheit immer wieder auf höchste Lautstärke steigern.

Spectator

WIRTSCHAFTSCHRONIK

Ruhigere Fronten in der Schweiz

Die wirtschaftspolitischen Fronten sind in der Schweiz momentan eher ruhig, nachdem das Exportdepot an den Bundesrat zurückgewiesen worden war; es handelt

sich dabei allerdings nur um eine Ruhe auf Zeit, da die Konjunkturpolitik in der Juni-Session wieder auf der Traktandenliste der eidgenössischen Räte stehen wird. Es ist jedoch anzunehmen, dass dann die Wellen nicht mehr so hoch schlagen werden, denn

um ein verwässertes Exportdepot, das zudem zeitlich mit aller Wahrscheinlichkeit noch zu spät kommen dürfte, wird sich niemand mehr mit Leidenschaft in die Schanze schlagen. Es ist ihm höchstens noch für das Parlament eine gewisse *Alibi-funktion* zuzusprechen.

In einem bemerkenswerten Interview, das *Bundesrat Celio* dem Konservativ-christlichsozialen Pressedienst gewährte, betonte der Vorsteher des Finanzdepartements, dass der Bundesrat beim Exportdepot bleiben werde, wobei der im Parlament vorgetragene Kritik – Länge der Fristen, feste Abgabesätze, Fehlen einer «Notstandsklausel» usw. – angemessen Rechnung getragen werde. Bundesrat Celio, der über den Ausgang der Parlamentsdebatte offensichtlich enttäuscht ist, will *nochmals* mit den Wirtschaftsverbänden und mit den politischen Parteien sprechen, «um zu wissen, was diese wollen, und um zu erfahren, ob sie bereit sind, etwas in dieser Frage zu tun und das Land wirtschaftlich zu regieren». Diese Absicht ist zweifellos löblich, aber...

Dafür werden nun langsam die Positionen im Blick auf die Abstimmung über die *Initiative Schwarzenbach* bezogen, die Anfang Juni durchgeführt werden wird. Diese Abstimmung ist zwar längst aus dem ökonomischen Bereich herausgetreten und zu einer primär *sozialpolitischen Angelegenheit* geworden, die zudem noch von stark emotionalen Wellen unterpült wird. Es ist nicht zu verkennen, dass in weiten Kreisen unseres Landes in der Fremdarbeiterfrage eine spürbare *Unsicherheit* herrscht, die sich streckenweise in ein eigentliches Malaise steigert. Dies selbstverständlich in erster Linie in wirtschaftlichen Kreisen, weil die Initiative Schwarzenbach, sollte sie angenommen werden, für einige Branchen schlechterdings fatale Auswirkungen haben müsste.

Hinzuweisen wäre weiter auf die neuen *bäuerlichen Forderungen*, die der Landwirtschaft insgesamt eine Einkommensverbesserung von 120 bis 140 Mio. Franken pro Jahr bringen sollen. Im Vordergrund steht die Ausdehnung der Milchproduktion von

25 auf 26 Mio. Zentner, also eine mengenmässige Einkommensverbesserung, die sich nicht auf die Konsumentenpreise auswirkt, wohl aber auf die Bundeskasse, wenn sich die Prognosen auf einen vermehrten Absatz von Käse im In- und Auslande nicht erfüllen sollten. Nachteilig für den Konsumenten wird sich dagegen die Erhöhung der Preise für Schlachtvieh bemerkbar machen, und zwar im Ausmasse von 35 bis 45 Mio. Franken. Trotzdem sind die landwirtschaftlichen Forderungen kaum bestritten, da sie sich aus der Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft rechtfertigen lassen.

Budgettag in Grossbritannien

Der Budgettag ist in England stets ein wirtschaftspolitisches *Grossereignis*; er findet regelmässig im April statt. Mit der Budgetrede setzt der Schatzkanzler die *Akzente* der Wirtschaftspolitik für das neue Finanzjahr; die Budgetrede gleicht einem wirtschaftspolitischen Bekenntnis der Regierung, die sich an der Macht befindet. Sie wirft denn auch normalerweise ihre Schatten weit voraus und gibt im Vorfeld zu mancherlei Spekulationen und Mutmassungen Anlass. Das war auch in diesem Jahr so.

In diesem Jahr lag deshalb noch eine besondere Spannung auf dem Budgettag, weil in Grossbritannien die *Wahlen* in das Unterhaus vor der Türe stehen. Zwar ist der Wahltermin noch nicht bekannt, aber Premierminister Wilson hat zur Ansetzung des Wahltermins nur noch bis zum Frühjahr 1971 Zeit. Man erinnert sich, dass bei den letzten Wahlen wirtschaftspolitische Themen im Zentrum standen; damals befand sich Grossbritannien in einer äusserst schwierigen wirtschaftlichen Lage, war doch die Zahlungsbilanz in eine stark defizitäre Position abgerutscht, die sich unmittelbar auch auf die Haltung des Pfundes übertrug. Das Pfund Sterling taumelte sozusagen von einer Krise in die andere. Diese Lage war nicht zuletzt deshalb entstanden, weil die Konservativen zögerten, die sich

aufdrängenden restriktiven Massnahmen im nervösen und spannungsgeladenen Klima der Wahlkampagne zu verfügen. Wilson versprach damals, dem Lande wieder ein stabileres ökonomisches Fundament zurückzugeben.

Nun, die Labour-Regierung befindet sich momentan tatsächlich in einer wirtschaftlich sehr *komfortablen Lage*. Das Zahlungsbilanzdefizit, das während Jahren mit einer enervierenden Beharrlichkeit die wirtschaftspolitische Bühne Grossbritanniens beherrschte, ist seit Mitte des letzten Jahres verschwunden; die Schuldenposition, die auf das britische Selbstbewusstsein gedrückt hatte, konnte substantiell verbessert werden. Die Dinge scheinen sich zum Guten zu wenden, nachdem sich Grossbritannien lange Zeit in die eher peinliche Rolle des «kranken Mannes an der Themse» versetzt sah. Es ist lange her, seit eine britische Regierung vom Podium der wirtschaftlichen Stärke aus agieren konnte.

In dieser Situation ging die Spekulation vor allem darum, ob die Labour-Regierung der Versuchung erliegen werde, mit einem eigentlichen *Wahlbudget* die nunmehr wieder zurückgewonnene Stabilität aufs Spiel zu setzen. Diese Befürchtung hat sich nun *nicht* bewahrheitet. Schatzkanzler Jenkins übte sich in weiser Zurückhaltung; wohl ist das Budget unverkennbar mit wahltaktischen Elementen angereichert, aber es enthält keine gleichgewichtsgefährdenden Steuer- beziehungsweise Wahlgeschenke (Abbau des Steuervolumens um rund 175 Mio. Pfund Sterling, welche den untersten Einkommensklassen zugute kommen).

Die mit dem Budget angekündigten *Kreditlockerungen* (unter anderem Reduktion des Diskontsatzes von 7½% auf noch 7%) und die Entschärfung des Importdepots (Reduktion des Depotsatzes von bisher 40% auf noch 30%) scheinen in der gegenwärtigen Lage für Grossbritannien verdaubar. Grossbritannien befindet sich damit noch immer in der Klammer sehr spürbarer Restriktionen, die es offensichtlich auch noch notwendig hat, denn die Stabilisierung ist wohl deutlich sichtbar,

aber sie bedarf noch der Konsolidierung. Insbesondere die *Einkommenspolitik* hat Schiffbruch erlitten; die massiven Lohnerhöhungen, die teilweise schon gewährt, teilweise imperativ angemeldet wurden, könnten die Entwicklung rasch wieder negativ beeinflussen. Die Stunde der Wahrheit wird erst dann kommen, wenn die britische Regierung die noch verbliebenen Restriktionen aufheben wird; dann wird es sich zeigen, ob das Leistungsvermögen der Wirtschaft so stark gestiegen ist, dass sie zur Erreichung eines angemessenen Wachstums nicht mehr in so fataler Weise, wie das früher der Fall war, auf importierte Leistungen zurückgreifen muss und damit die Zahlungsbilanz gefährdet. Dann wird es sich auch zeigen, ob es gelungen ist, den Zyklus der «Stop-go-Policy» zu brechen. Es ist verständlich, dass die Regierung Wilson die Stunde der Wahrheit auf die Zeit *nach* den Wahlen verlegen möchte.

EWG-Erweiterungsverhandlungen

In der EWG scheinen die Vorbereitungen für die bevorstehenden *Erweiterungsverhandlungen* zügig voranzuschreiten.

Es scheint, dass am Zustandekommen dieser Verhandlungen ein *echtes* französisches Interesse vorhanden ist. Bei den Commonwealthfragen stehen insbesondere die Probleme der Entwicklungsländer im Brennpunkt. Es ist dabei nicht kontrovers, dass sie im Prinzip gleich behandelt werden könnten wie die afrikanischen Assoziierten und die abhängigen überseeischen Gebiete und Länder. Meinungsverschiedenheiten bestehen noch darüber, ob es genüge, dass Grossbritannien erkläre, auch die Verpflichtungen aus dem *Montanunionsvertrag* zu übernehmen, oder ob es schon *zuvor* in seiner Kohle- und Stahlindustrie gewisse strukturelle Umstellungen vornehmen müsse. Die Meinungsbildung über Euratomfragen steckt noch ganz in den Anfängen. Und völlig offen sind sodann auch die Fragen über die Verhandlungsmodalitäten und jene über die institu-

tionellen Anpassungen. In einem besonders Memorandum hat die EWG-Kommission betont, dass die Erweiterungsverhandlungen auf der Grundlage einer *Gesamtperspektive* über die innere Entwicklung der Gemeinschaft in den siebziger Jahren zu erfolgen hätte, was konkret wahrscheinlich heisst, dass das Beitrittsverfahren mit dem Aufbau einer Wirtschafts- und Währungsunion synchronisiert werden müsse. Es gibt also noch sehr zahlreiche Fragen zu lösen.

Italiens neues Wirtschaftsprogramm

Italien hat wieder eine neue Regierung; es ist die 31. Regierung im Laufe der Nachkriegszeit, gebildet auf der Basis einer Mitte-Links-Koalition. Vor kurzem hat der neue Ministerpräsident, *Mariano Rumor*, den wirtschaftlichen Kurs in den grossen Linien bekanntgegeben, den seine Regierung zu verfolgen gewillt ist. Ganz generell zielt die Regierung darauf ab, das wirtschaftliche *Gleichgewicht* wiederherzustellen, das durch die sozialen Auseinandersetzungen in den vergangenen Monaten teilweise empfindlich gestört worden ist. Vor allem ist es die sehr schwache Investitionsneigung, die die unmittelbaren Zukunftsaussichten der italienischen Wirtschaft in einem etwas dunkeln Licht erscheinen lässt. Im Preisgefüge bestehen Spannungen, und insbesondere der Aussenhandel hat ein bedenkliches Gefälle zur Passivität eingeschlagen.

Rumor betrachtet die Verteidigung der Kaufkraft der Währung (Inflationsbekämpfung), die Herstellung der Vollbeschäftigung und die Wiederankurbelung der Produktionstätigkeit als seine wichtigste wirtschaftliche Aufgabe. Die Mittel und Wege zur Erreichung dieser Ziele sind jedoch noch nicht im einzelnen fixiert. Die Meinungen gehen im Regierungslager

offensichtlich noch etwas auseinander. Die Sozialisten in der Regierung halten etwa die Drosselung der Staatsausgaben nicht für notwendig; sie haben dabei Zuzug aus dem Lager der christlich-demokratischen Linken.

In Rumors Erklärung vor dem Parlament stechen der bedrohliche Preisauftrieb, die Schwerfälligkeit der öffentlichen Finanzen und der hohe Finanzierungsbedarf der öffentlichen Hand sowie der Privatwirtschaft hervor. Die Preisstabilität soll primär über eine entsprechende Importpolitik, über eine Blockierung der Tarife für die öffentlichen Dienstleistungen und über behördlich bewirtschaftete Preise erreicht werden. Die Finanzpolitik der öffentlichen Hand dürfe nicht zu einer zusätzlichen Ausdehnung der Nachfrage führen. Der Kapitalflucht will die Regierung durch eine Anpassung der Zinssätze an das internationale Niveau begegnen. Und das wirtschaftliche Wachstum soll durch eine Erhöhung der Investitionen wieder in Gang gebracht werden.

Die Regierung setzt sodann ihre Hoffnungen wiederum auf die *Planifikation*. Die mit der Wirtschaftsprogrammation gemachte Erfahrung – der letzte Fünfjahresplan hat ein unrühmliches Ende gefunden – haben die Regierung nicht davon abhalten können, für den Zeitraum 1971–1975 einen neuen Fünfjahresplan auszuarbeiten zu lassen. Auch vom neuen Plan wird erwartet, dass er die in der Wirtschaft bestehenden strukturellen Ungleichgewichte, vor allem zwischen dem Norden und dem Süden, ausnivellieren könne; ausserdem soll auch die Kluft zwischen dem landwirtschaftlichen Einkommen und dem industriellen Einkommen verringert werden. Die Sektorenpolitik soll sich sodann, abgesehen natürlich von landwirtschaftlichen Strukturbereinigungen, vor allem auf den *Handel* beziehen.

Oeconomicus